



Donnerstag, 13. März 2025, 17:00 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Das Endspiel

Ukrainekrieg, Demokratiesimulation und die Zerstörung Europas. Teil 2 von 6.

von Patrik Baab
Foto: ChocoPie/Shutterstock.com

Der Ukrainekrieg wird mit der historischen Niederlage des Westens enden. Die Russische Föderation geht als Sieger vom Platz. Im größten und blutigsten militärischen Konflikt in Europa seit dem Zweiten

Weltkrieg gibt es Hoffnung auf Frieden. Noch wird an einer Frontlinie von mehr als 1.300 Kilometern aber überall heftig gekämpft. Das wahre, grausame Gesicht des Krieges wird den Menschen vorenthalten. Die Glocke der Zensur, die den demokratischen Meinungsbildungsprozess zerstört und damit auch der Demokratie irreversiblen Schaden zugefügt hat, ist Teil des Wahns und der Kriegshysterie, in die uns das herrschende Parteienkartell mit seinen Helfershelfern in den Medien hineingeführt hat. Wer die geopolitische Lage einschätzen will, muss auch einen Blick zurückwerfen. Denn wer die Vergangenheit nicht kennt, kann ihre Folgen für die Zukunft nicht ermessen. Dies ist ein Kernproblem der aktuellen deutschen Politik. Der Journalist und Buchautor Patrik Baab analysiert in diesem 6-teiligen Beitrag die Entstehungsgeschichte des Konflikts, seine Folgen für Europa und mögliche Wege zum Frieden.

Die militärische Lage im Ukrainekrieg

Die Ukraine wird derzeit in diesem größten europäischen Krieg seit Ende des Zweiten Weltkriegs zerstört. Das Land hat etwa 20 Prozent seines Territoriums verloren, seine Wirtschaft liegt in Trümmern, Millionen Menschen haben das Land verlassen: Betrug die Zahl der Einwohner 1991 noch 52 Millionen, so ist die Ukraine inzwischen bei 28 Millionen Einwohnern angekommen. Die Ukraine hat Hunderttausende Opfer zu beklagen, und natürlich gibt es Millionen Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge (1).

Die territorialen Verluste sind schmerzhaft und machen einen Wiederaufbau schwer, weil die Ressourcen aus dem Donbass fehlen werden. Aber die Alternative ist nicht, die in die Russische Föderation aufgenommenen Gebiete zu verlieren oder sie zurückzuerobern, sondern diese Territorien verloren zu geben oder noch mehr zu verlieren.

Die amerikanischen und europäischen Vorstellungen, Russland durch den Stellvertreterkrieg in der Ukraine eine strategische Niederlage beizubringen, wirken nun wie Asche im Munde westlicher Politiker. Dieser Stellvertreterkrieg des NATO-Westens gegen Russland auf dem Boden der Ukraine, von dem der frühere britische Premier Boris Johnson gesprochen hat (2), endet in einem Desaster. Der Kreml betrachtet eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine als existenzielle Bedrohung, genauso wie die USA auch russische Militärbasen oder Raketen in Mexiko nicht akzeptieren würden. Die Ukraine wird neutral bleiben. Damit hat sich Moskau durchgesetzt.

Der Versuch, die größte Atommacht herauszufordern, offenbart nur den Größenwahn des Westens, die Unfähigkeit, die Kräfteverhältnisse realistisch einzuschätzen. Wieder einmal hat der Schlaf der Vernunft Ungeheuer hervorgebracht. Wir können nun weiterträumen und die normative Kraft des Faktischen als russische Propaganda abtun, aber dies wird nur zu noch mehr Zerstörung führen. Der Realitätsverlust russophober Fanatiker in der politischen und medialen Elite des Westens ist der Hauptgrund für den hohen Blutzoll.

Die Zahl der Gefallenen und Schwerverletzten, also das, was Briten und Amerikaner „Casualties“ nennen, hat mit dem 1. September 2024 auf ukrainischer Seite die Millionengrenze überschritten. Die tatsächlichen Zahlen sind auf beiden Seiten streng geheim. Aber man kann aus der Auswertung der Todesanzeigen und Nachrufe entsprechende Rückschlüsse ziehen.

Danach waren bereits Anfang September mehr als 500.000 ukrainische Soldaten gefallen (3). Andere Schätzungen gingen bereits Mitte 2024 von 650.000 Gefallenen aus (4). Der ehemalige CIA-Analyst Larry Johnson beziffert die Gefallenen auf insgesamt 1,2 Millionen; zählt man die Schwerverletzten dazu, kommt er auf drei Millionen, eine ganze Generation junger Ukrainer (5).

Nicht ganz so hoch sind die Zahlen auf russischer Seite. Das regierungskritische, von dem Oligarchen Michail Chodorkowski finanzierte Portal *Mediazona* hat ebenfalls Nachrufe und Todesanzeigen ausgewertet. Seine Analysten kamen am 13. September 2024 auf 69.059 Gefallene, wobei noch 19.547 Söldner der privaten Militär-Firma Wagner dazukommen, die allein im Fleischwolf von Bachmut getötet wurden – wie man aus der Statistik der Hinterbliebenenzahlungen weiß (6). Dies ergibt eine Todeszahl von etwa 90.000, rechnet man die Gefallenen der Milizen von DNR (Volksrepublik Donezk) und LNR (Volksrepublik Luhansk) dazu, ergibt sich eine Zahl von etwa 120.000 (7). Das starke Gefälle zulasten der Ukraine ist begründet in der – je nach Frontabschnitt – 5- bis 10-fachen Überlegenheit der Russen an Artillerie, Raketen und Drohnen. Militäranalysten schätzen das Verhältnis der Gefallenen auf 8:1 zuungunsten der Ukraine (8).

Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen (UN) hat bis Ende Dezember 2024 mindestens 12.456 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung erfasst, darunter mindestens 669 Kinder (9). Es dürften deutlich mehr sein. Vom Leichenzählen wird niemand mehr lebendig. Dies ist aber der erste Krieg in den vergangenen 100 Jahren mit einer so geringen Zahl ziviler Opfer. In allen anderen Kriegen überragte die Zahl der zivilen Opfer die der militärischen um etwa das Zehnfache. Das zeigt: Welche Ziele Russland auch immer hat – es beabsichtigt keinen Völkermord (10).

Angesichts der genannten Opferzahlen scheint es, dass

redaktionelle Schreibtisch-Bewohner und das akademische Prekariat in den ideologischen Apparaten den Krieg mit einem Hollywood-Film oder einem Computerspiel verwechseln (11). Dies unterläuft vor allem narzisstisch gestörten Charakteren, die „Gottesdienst in sich selbst“ (12) leisten und denen es an jeglicher Mitmenschlichkeit fehlt. Wenn diese Leute ins Kriegsgebiet müssten, dann hörte das dumme Gerede auf.

Die Kursk-Offensive, die begann mit der Planung der NATO, entpuppt sich als Sackgasse für Amerikaner und ihre NATO-Satrapen. Was noch vor wenigen Jahren für mich unvorstellbar war: Wieder stehen deutsche Panzer an den Stätten eines deutschen Vernichtungskrieges mit mehr als 27 Millionen toten Sowjetbürgern. Die Ukraine hat mit dem Vorstoß bei Kursk versucht, eine neue Front zu eröffnen, um die Russen zu zwingen, Truppen vor Donezk abzuziehen und damit den russischen Vormarsch zu verlangsamen. Zweitens ging es um ein Faustpfand für mögliche Verhandlungen. Drittens wollte sie einen PR-Erfolg erzielen, dem Westen zeigen, dass die Initiative nicht verloren gegangen ist, um neue Unterstützung zu mobilisieren. Viertens ging es um den Versuch, mit einem Vabanquespiel den Westen zu einer direkten Beteiligung zu zwingen, damit die Front im Donbass nicht zusammenbricht und für die Russen der Weg nach Dnipro offen ist (13). Fünftens, so schätzt es der frühere höchste Offizier der NATO, General Harald Kujat, ein, zielte die ukrainische Offensive darauf ab, das Kernkraftwerk Kursk einzunehmen und damit ein nukleares Erpressungspotenzial zu gewinnen. Dieser Versuch ist gescheitert (14). Zurück bleiben allein auf ukrainischer Seite je nach Schätzung zwischen 35.000 und 55.000 Gefallene (15).

Die Kampfmoral der ukrainischen Truppen ist am Boden. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2024 wurden 19.000 Verfahren wegen Fahnenflucht eingeleitet (16). Die Annäherung zwischen Trump und Putin haben Frust und Resignation in den Eliten verstärkt, da Kiew bei Friedensgesprächen genauso wie die

Europäer bestenfalls am Katzentisch sitzen wird. Andererseits richtet sich die Hoffnung der Bevölkerung auf ein Ende des Sterbens (17).

Die überdehnte ukrainische Front steht vor dem Zusammenbruch, wenn die russische Armee den Eisenbahnknotenpunkt Pokrowsk westlich Donezk vollständig einnimmt. Denn dahinter ist Steppe – und damit nichts mehr, was die Infanteristen vor den beständigen Drohnenangriffen schützen könnte.

Man kann die Lage-Beurteilung so zusammenfassen: Die Ukraine wurde zur Schlachtbank geführt. Deutschland ist der größte ökonomische Verlierer. Wir alle werden die Zeche zahlen. Aber es geht um viel mehr. Wir sind Augenzeugen der Ur-Katastrophe des 21. Jahrhunderts: einer neuen ukrainischen Teilung; einer selbst verschuldeten Niederlage der NATO; einer tektonischen Verschiebung in der Geopolitik; eines weltweiten Wirtschaftskrieges und eines globalen Angriffs des Raubtier-Kapitalismus auf abhängig Beschäftigte und Mittelstand. Dieser Krieg wird das Leben der Menschen in ganz Europa noch auf viele Jahrzehnte hinaus beeinflussen. Der Frieden kommt uns noch teurer zu stehen als der Krieg.

Wer nichts weiß, muss viel glauben. Von der Ukraine wissen die Menschen in Deutschland meist wenig. Genau hier setzt die Propaganda an. Ein Blick zurück macht es möglich zu erkennen, wie es so weit kommen konnte und worum es wirklich geht. Denn es gibt, wie sich Franz Josef Strauß einmal ausgedrückt hat, „eine normative Kraft des Faktischen, aber keine faktenersetzende Kraft des Phraseologischen“.

Der ukrainische Bürgerkrieg nach dem Staatsstreich auf dem Maidan

Westliche Beobachter sehen die Ereignisse auf dem Maidan in Kiew im Winter 2013/2014 als einen Scheideweg zwischen einer Diktatur nach dem Vorbild von Belarus oder dem Sturz des Präsidenten Janukowitsch. Sie betrachten den Maidan als Revolution, als Transformation von unten, die zu einer Demokratie mit mancherlei Mängeln geführt habe, in der aber „volle Meinungsfreiheit herrscht“.

Wenn die Augenzeugen vom Maidan, mit denen ich gesprochen habe, dies hören, können sie nur sarkastisch lachen. Denn die Wahrheit klingt ganz anders. Wer aber die Wahrheit über den Maidan in Deutschland berichtet, wird zensiert, mit Berufsverbot belegt und wird – mit Duldung deutscher Behörden und der deutschen Justiz – vom ukrainischen Geheimdienst bedroht. Mit allen drei Maßnahmen werde ich auch überzogen.

Über die tatsächlichen Ereignisse schreibe ich in meinem Buch „Auf beiden Seiten der Front“. Zusammen mit Régis Le Sommer (18) gehöre ich zu den wenigen, die auf beiden Seiten dieses Krieges recherchiert haben (19). In der Folge wurde ich von *T-Online* und von meinem eigenen Sender, dem NDR, als Wahlbeobachter Putins bei den Referenden im Donbass im September 2022 hingestellt, der NDR wollte arbeitsrechtliche Schritte einleiten, und der ukrainische Geheimdienst setzte mich auf die Todesliste „Mirotworez“. In Deutschland steht heute die Wahrheit unter Strafe, die Presse ist zur Propaganda-Kompanie der NATO verkommen, und das akademische Prekariat präsentiert sich als Träger der Zensur.

Wer es vorzieht, eine wissenschaftliche Studie zurate zu ziehen, dem empfehle ich die Studie von Ivan Katchanovski von der Universität Ottawa. Aufgrund gründlicher Auswertung der Obduktionsberichte, der Gerichtsprotokolle, der Augenzeugenberichte und der ballistischen Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, dass die Morde auf dem Maidan eine Inszenierung ukrainischer Faschisten und westlicher Regierungen waren, um eine demokratisch gewählte Regierung zu stürzen und

einen prowestlichen Regimewechsel herbeizuführen (20). Er sieht im Geschehen auf dem Maidan 2014 die Ursache für den Beginn des Bürgerkriegs im Donbass, für die russischen Interventionen auf der Krim und im Donbass, für den Anschluss der Krim an Russland und die Eskalation des Konflikts zwischen Russland und dem Westen mitsamt dem Einmarsch und dem Krieg mit der Ukraine seit 2022.

Demonstranten wurden in sogenannten Tech Camps von US-Nichtregierungsorganisationen und der US-Botschaft auf die Organisation von Massenprotesten über die Sozialen Medien vorbereitet. Nichtregierungsorganisationen wurden von USAID, US-Stiftungen sowie polnischen und litauischen Diplomaten bezahlt. Die Demonstranten erhielten Thermo-Unterwäsche, Essen, Zelte, Heizkörper, Tischtennisplatten. Sie wurden im 14-tägigen Wechsel auf den Maidan gebracht und wieder abgelöst. Für ihre Anwesenheit erhielten sie Geld in Höhe des doppelten Durchschnittslohns. Die Waffen auf dem Maidan stammten aus der Plünderung polizeilicher Waffenlager in der Westukraine, namentlich Lwow und Iwano-Frankiwsk, wo die rechtsextreme Swoboda-Partei besonders stark war. Der US-Historiker Nikolai N. Petro hat dargelegt, dass Rechtsextremisten und Faschisten in der Westukraine die Entfesselung eines Bürgerkriegs planten, falls der Putsch auf dem Maidan nicht zum gewünschten Ziel, dem Sturz des Präsidenten Janukowitsch und seiner Regierung, führen sollte.

„Während des Maidan“, so Nicolai Petro, „häufte der Rechte Sektor ein großes Arsenal an Waffen an und versammelte ungefähr 10.000 Kämpfer. Die Aufstellung von Freiwilligenbataillonen war keine Antwort auf einen russischen Einmarsch, sondern spiegelte die vorangegangene Überlegung, dass Gewalt nötig sein würde, den Umsturz zu konsolidieren und zu verteidigen. Wie es der Sprecher des Rechten Sektors unmittelbar vor Janukowitschs Amtsenthebung ausdrückte, „unsere Gruppe ist vollständig dazu in der Lage, einen Bürgerkrieg durchzukämpfen“ (21). Das bedeutet: Auch im Falle eines Scheiterns auf dem Maidan waren galizische

Ultrationalisten bereit, mit Waffengewalt einen Umsturz zu erzwingen.

Wie stark die Unterstützung des Westens für die Putschisten auf dem Maidan war, belegt nicht nur das abgehörte und am 4. Februar 2014 veröffentlichte Telefonat zwischen Victoria J. Nuland, Staatssekretärin für Europa und Eurasien im US-Außenministerium, und dem Botschafter der USA in der Ukraine Geoffrey R. Pyatt. Abgesehen von der Abwertung der Europäer – „Fuck the EU“ – machte das Gespräch deutlich, dass Washington auf einen Umsturz hinarbeitete und den Oppositionsführer Jazenjuk an die Macht bringen wollte. Bereits am 13. Dezember 2013 erklärte Nuland vor der US-Ukraine-Stiftung, die USA hätten mehr als 5 Milliarden Dollar in die Kräfte des Umsturzes investiert. Nähere Informationen gab Nuland bei einer Befragung im US-Kongress am 9. Mai 2014, bei der auch das Auftreten von Faschisten auf dem Maidan zur Sprache kam (22).

Nach russischen Angaben flossen dem Maidan wöchentlich allein an direkten Geldmitteln 20 Millionen Dollar zu. Dabei waren USA und EU kontinuierlich in Kontakt mit Rechtsextremisten und Faschisten. Ivan Katchanovski berichtet, dass wie auf dem Basar die Zahl der Morde verhandelt worden sei, die man für erforderlich hielt, damit die westlichen Regierungen den gewählten Präsidenten Janukowitsch zwingen, sein Amt aufzugeben. Man einigte sich auf etwa 100, und so kam es auch (23). Eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates verletzt das Interventionsverbot und ist damit völkerrechtswidrig.

Damit begann die erste Phase des Ukrainekriegs – die Bürgerkriegsphase. Bereits Mitte März 2014 waren auf ukrainischer Seite US-Söldner der Sicherheitsfirma Academi, vormals Blackwater, im Donbass aktiv (24). Damit waren die USA vom ersten Augenblick an beim Konflikt im Donbass dabei. Die Entsendung von Söldnern verletzt das Gewaltverbot nach Artikel 2 Nr. 4 der UN-

Charta und ist damit völkerrechtswidrig.

Die Welle der Gewalt auf dem Maidan, der gewaltsame Umsturz und marodierende ultranationalistische und rechtsextremistische Horden in der gesamten Ukraine führten dazu, dass die russischstämmige Bevölkerung in der Ostukraine zusammen mit der örtlichen Polizei und übergelaufenen ukrainischen Soldaten Selbstverteidigungsmilizen aufbaute und eigene staatliche Strukturen schuf. Ab Mitte April 2014 wurden sie unterstützt von Freiwilligen um den ehemaligen FSB-Offizier Igor Girkin, genannt „Strelkow“. Als Reaktion auf die Beteiligung von US-Söldnern schickte der russische Generalstab das „Slavianski Korps“, das den Aufständischen beispringen sollte. Wagner wurde nach Angaben des US-Militäranalysten Scott Ritter am 1. Mai 2014 in Donezk gegründet (25).

Bereits im April startete die Zentralregierung in Kiew die sogenannte Antiterroroperation gegen die Aufständischen im Donbass. Am 6. April 2014 ordnete der ukrainische Übergangspräsident Aleksandr W. Turtschinow die Einrichtung eines „Antikrisenstabs“ an, um „gegen alle mit antiterroristischen Maßnahmen vorzugehen, die eine Waffe in die Hand nehmen (...)“ (26). Dies stand in Zusammenhang mit der Besetzung von Verwaltungsgebäuden in Charkow, Donezk und Luhansk durch prorussische Aktivisten. Der 6. April markiert also den Beginn des Krieges im Donbass durch die Putschregierung in Kiew. Am 2. Mai und am 8. Mai 2014 kam es in Odessa und Mariupol zu Massakern durch rechtsextremistische Paramilitärs.

Am 7. und am 27. April 2014 riefen die Separatisten in Donezk und Luhansk eigene Volksrepubliken aus. Im Mai 2014 führten die Aufständischen in den von ihnen beherrschten Gebieten Referenden über eine weitgehende Unabhängigkeit beziehungsweise die Selbstständigkeit durch. Putin hatte davon abgeraten. Solche Sezessionen sind völkerrechtlich umstritten, aber durch die Charta

der Vereinten Nationen und durch das Völkerrecht grundsätzlich auch gegen den Willen des Mutterlandes rechtlich möglich. So nahm der Internationale Gerichtshof in Den Haag am 22. Juli 2010 zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo Stellung: Der Präsident erklärte: „Das internationale Recht kennt kein Verbot von Unabhängigkeitserklärungen“ (27).

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg wurde also nicht ausgelöst durch die Russische Föderation im Februar 2024, sondern durch die Ukraine im April 2014. Auch US-Präsident Trump hat am 19. Februar 2025 auf seiner Social-Media-Plattform Truth Social bestätigt, dass die Ukraine den Krieg begonnen hat (28). Bis Ende 2021 waren nach Angaben internationaler Organisationen dabei mehr als 14.000 Menschen getötet worden, darunter 3.400 Zivilisten (29). Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gelangte zu dem Urteil, dass 75 Prozent der zivilen Opfer auf das Konto der ukrainischen Armee gingen (30). Dies stellt einen Völkermord dar und ist nach der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords von 1948 ein Straftatbestand (31).

Putin erkannte die Republiken Donezk und Luhansk bis Februar 2022 nicht an. Offensichtlich wollte er sich nicht in den Konflikt tiefer hineinziehen lassen. Allerdings unterstützte Russland die Separatisten logistisch, wirtschaftlich und mit Waffenlieferungen. Das Ausmaß direkter militärischer Beteiligung ist nicht geklärt. Der Militäranalyst Jacques Baud geht davon aus, dass es kein Eingreifen regulärer russischer Verbände gegeben habe (32).

Umgekehrt rüstete die NATO die Ukraine seit dem Putsch auf dem Maidan massiv auf. Durch gemeinsame Militärmanöver und US-Ausbilder sollte möglichst schnell „Inter-Operabilität“ erreicht werden. Günter Verheugen, langjähriger EU-Kommissar und von 2004 bis 2010 Vizepräsident der Europäischen Kommission: Im Ukrainekrieg „geht es nicht darum, was für die Ukraine das Beste ist. Es geht vielmehr um die strategische Schwächung Russlands“ (33).



Patrik Baab ist Politikwissenschaftler und Journalist beim NDR und hat unter anderem an den ARD-Filmen „Der Tod des Uwe Barschel“ und „Uwe Barschel — Das Rätsel“ mitgewirkt. Er ist Lehrbeauftragter für praktischen Journalismus an der Christian-Albrechts-Universität Kiel und an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Berlin.